

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ d. Stadt Hochheim



Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck in
Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hohen-
heim Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig,
auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-gespaltene Colonelzeile 30 Pf.
Bezugspreis monatlich 1.— Rm. Postfachkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 5.

Donnerstag, den 13. Januar 1927

4. Jahrgang

Neues vom Tage.

— In Berlin starb im 86. Lebensjahre der ehemalige Staats- und Kriegsminister General der Infanterie a. D. Heinrich von Wöhrer.

— Wie der Evangelische Pressedienst erfährt, ist der Wiederzusammentritt der Generalsynode der evangelischen Kirche der Alt-preussischen Union in Berlin auf den 23. April festgelegt worden. Es ist mit einer Dauer der Verhandlungen von zwei bis drei Wochen zu rechnen.

— Der Gewerkschaftsbund der Angestellten unterbreitet dem Reichstag acht Punkte, die sich auf eine gerechte Entschädigung für die während der Ruhrbesetzung den Angestellten nachweisbar zugefügten Verluste an Einkommen und Sachwerten beziehen.

— In der letzten Sitzung des Sächsischen Landtages wurde der bisherige Ministerpräsident Seidt mit 49 Stimmen wiedergewählt. Der sozialdemokratische Kandidat Fleißner erhielt 45 Stimmen.

— Im Staatshaushalts-Ausschuss des Bayerischen Landtages wurde die Regierungsvorlage betreffend die Umwandlung des Staatlichen Berg-, Hütten- und Salzwerkes in eine Aktiengesellschaft mit 18 Stimmen bei einer Reihe von Stimmenthaltungen angenommen.

— Wie Havas aus Mainz berichtet, sind zwei Soldaten, die in trunkenem Zustand in Streit geraten waren, sofort auf die Gendarmereiwache geführt und mit Gefängnis bestraft worden.

— Das belgische Königspaar hat die Riviera verlassen und die Rückreise nach Brüssel angetreten.

— Nach einer Meldung aus Brüssel hat Außenminister Vanderelde ein Telegramm der belgischen Vertretung in China erhalten, demzufolge sämtliche ausländischen Kolonien Hanlan vollkommen räumen.

Polen und Deutschland.

Die letzte große Rede des polnischen Außenministers Jazelski, die sich mit besonderer Schärfe gegen Deutschland richtete, hat in Berliner Regierungskreisen peinliches Aufsehen erregt und auch prompt eine halbamtliche Entgegnung erfahren, in der es u. a. heißt:

„Dass Herr Jazelski Polen in beweglichen Worten als das „polnischste Land“ und als den „traditionellen Fort des Friedens“ in Europa gepriesen hat, ist eine Kennzeichnung der polnischen Politik, über die man ohne Kommentar hinweggehen kann. Von Interesse ist es dagegen, dass der polnische Außenminister eine Gelegenheit gesucht hat, um öffentlich gegen Deutschland in aller Form den Vorwurf eines Bruchs der Völkerverbindungen zu erheben. Derartige Beschuldigungen durch eine im Völkerbundsrat vertretene Macht sind in der Tat ein recht ungewöhnlicher Vorgang. Man sollte denken, dass der wichtige Weg für eine solche schwerwiegende Anklage die Annahme des zuständigen Völkerbundsorgans, nämlich des Völkerbundsrats, gewesen wäre. Wenn etwa die Warschauer Rede der Aufsicht zu Auseinandersetzungen in Genf sein sollte, so haben wir dem gern entgegen.“

Jazelski sagt, Deutschland habe den Artikel 10 der Satzung dadurch verletzt, dass es neuerdings eine „gewalttätige Propaganda“ treibe. Da der Artikel 10 bekanntlich die Achtung der Unversehrtheit des Gebiets der Bundesmitglieder zum Gegenstand hat, so kann hiermit nichts anderes gemeint sein, als dass sich Deutschland neuerdings zu aggressivem Vorgehen gegen Polen entschlossen habe und dieses Vorgehen durch eine entsprechende Propaganda vorbereite. Nichts ist unheimlicher als eine derartige Unterstellung. Der deutsche Standpunkt in der Frage der polnischen Westgrenze ist seit Jahr und Tag bekannt und bedarf keiner Propaganda. Er ist von den verantwortlichen deutschen Staatsmännern oft genug und unzweifelhaft festgelegt worden. Diese klare und unabänderliche Einstellung der deutschen Politik ist alles andere als eine Verletzung des Völkerverbindungs. Es ist nicht der Sinn des Artikels 10, insbesondere nicht der Sinn des Artikels 10, die lebendige, gemeinsamen Interessen der Völker entsprechende Entwicklung auf immer zum Stillstand zu bringen. Das ergibt sich, um nur ein zu sagen, schon aus Artikel 19 der Satzung, der es als Aufgabe des Völkerbundes hinsichtlich, auf Vervollständigung und Gewährung von Verträgen und solcher internationaler Verhältnisse hinzuwirken, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnten. Jazelski vergißt nicht nur diesen Artikel 19; er läßt auch das ganze Vertragswerk von Locarno unerwähnt, obwohl ihm sicherlich nicht unbekannt ist, in welchem Geiste die Verhandlungen über dieses Vertragswerk geführt worden sind und welchen Inhalt es hat.

Wir glauben, dass die Erkenntnis der Berechtigung des deutschen Standpunktes in der Weltöffentlichkeit schon zu weit fortgeschritten ist, als dass Jazelski hoffen könnte, daran durch seine Forderungen und oft genug widerlegten Behauptungen von dem unpolnischen Charakter der Grenzgebiete und von ihrer Unentbehrlichkeit für Polen etwas zu ändern. Alle diese Dinge sind so klar und bekannt, dass es wirklich nahe liegt, nach den besonderen Motiven zu fragen, die den polnischen Außenminister veranlassen, jetzt in geradezu sensationeller Weise die östliche Grenzfrage aufzuwerfen und dabei der deutschen Außenpolitik eine Wendung zu aggressiven Absichten und Maßnahmen vorzuerwerfen.

Vielleicht ist es dem Gedankengange der Presse seiner Landes gefolgt, die letzten die Verhandlungen Deutschlands mit der Völkervereinigung über die Ostfestungen in durchsichtiger Absicht benutzt hat, um die strittigen Arbeiten an diesen Festungen als eine militärische Bedrohung Polens hinzustellen. Vielleicht hat er auch gehofft, Wasser auf die Mühle gewisser Politiker in Frankreich zu leiten, die in letzter Zeit den Gedanken einer baldigen Räumung des Rheinlandes mit dem Hinweis auf die angebliche Gefährdung Polens belächelt haben. Vielleicht liegen der Rede aber darüber hinaus bestimmte politische Tendenzen hinsichtlich Polens zugrunde, nämlich namentlich die Zurückweisung des angeblichen Planes, den Korridor gegen Litauen und Memel auszuheilen. Was es mit diesem Plan für eine Bewandnis hat, und wer ihn nach Ansicht des Herrn Jazelski treibt, ist der deutschen Regierung nicht bekannt, da sie ihrerseits von dem Plan nur durch ausländische Presseäußerungen gehört hat. Wenn mit derartigen Äußerungen etwa der Versuch gemacht werden sollte, Mißtrauen zwischen Deutschland und Litauen zu säen, so muß das auf das bestimmteste zurückgewiesen werden.

Alles in allem ist leider zu befürchten, daß solche Auslassungen, zu denen die Haltung Deutschlands keinerlei Anlaß gegeben hat, nicht, wie Herr Jazelski sagt, zur Beruhigung der europäischen Lage dienen, sondern im Gegenteil dazu führen, die Besorgnisse über die unklaren Verhältnisse in Osteuropa noch zu verstärken. Daß derartige Besorgnisse bestehen, ist eine notorische Tatsache. Deutschland hat nur das eine Interesse, die ruhige und friedliche Entwicklung in den osteuropäischen Ländern nicht gestört zu sehen. Es wird deshalb die Vorgänge in diesen Ländern in voller Ruhe, aber mit ernster Aufmerksamkeit verfolgen.

Löbe in Danzig.

Die Anschlussfrage.

Wie aus Danzig gemeldet wird, ist Reichstagspräsident Löbe in Danzig eingetroffen, um vor dem Deutschen Heimatdienst über die österreichische Anschlussfrage zu sprechen. Bei der Versammlung wohnte u. a. der Präsident des Senats Dr. Sahm bei. Reichstagspräsident Löbe überbrachte zunächst seinen stürmischen Beifall der Versammlung die Grüße des Deutschen Reichstags.

Auf die jüngste Rede des polnischen Außenministers Jazelski übergehend, betonte der Redner, daß Deutschland ebenso wie Danzig verbunden gewesen seien über den drohenden Ton, der in dieser Rede zum Ausdruck gekommen sei. Er sei der Ansicht, daß Deutschland nicht den geringsten Anlaß dazu gegeben habe. Das Ostrecht, das er in Danzig genieße, verbiete es ihm, in eine Polemik zu der Rede Jazelskis einzutreten.

Über die Anschlussfrage erklärte der Redner, daß für die Dauer Deutschlands das Selbstbestimmungsrecht, das selbst dem kleinsten Staate gewährt worden sei, nicht vorenthalten werden könne. Es handle sich hier um einen freiwilligen Zusammenschluß zweier Länder, die in der Kultur und in der Sprache vollkommen gleich seien.

Die Verhandlungen in Paris.

Polnische Wühlereien.

Der Pariser „Matin“ glaubt berichten zu können, daß, nachdem General Pawels gestern und vorgestern bereits mit einzelnen Persönlichkeiten der Völkervereinigung gesprochen habe, es immer wahrscheinlicher werde, daß er seine substantiellen Konzeptionen überbringe.

Ob die Ministerkrise hierfür die Ursache sei oder nicht, es bleibe doch außerordentlich unwahrscheinlich, daß der Völkervereinigung eine neue Tatsache oder ein neues Versprechen gegeben werde, das geeignet sei, die Entscheidung, die sie am 2. und am 10. Dezember getroffen habe, abzuändern. Es scheint, daß die Taktik der deutschen Militärs die sei, eine Meinungsverschiedenheit über die Interpretierung des Textes des Friedensvertrages in die Erscheinung treten zu lassen, und so nach und nach die Alliierten dahin zu führen, daß sie in Gedanken ein schiedsgerichtliches Verfahren zulassen. Dieser Gedanke sei ja auch schon in Genf lanciert worden.

Das „Echo de Paris“ schreibt seinerseits: In unterrichteten französischen Kreisen erscheint ein Abkommen mit den Deutschen als unwahrscheinlich. Sie scheinen entschlossen, obwohl sie viel auf die Form halten, den Alliierten keine substantiellen Vorteile in den beiden strittigen Punkten der Entwaffnungsfrage zuzuerkennen.

Der „New York Herald“ glaubt zu wissen, daß die polnische Regierung bei der Völkervereinigung lebhaftest Vorstellungen erhoben habe, um darauf hinzuweisen, daß die deutschen Ostfestungen die Sicherheit Polens bedrohen. Im übrigen erklärt das Blatt, daß ein Stillstand in den Verhandlungen des General von Pawels mit der Völkervereinigung vorausgesetzt sei, und daß die Frage der Befestigungen schiedsgerichtlich behandelt werden würde. Briand sei einem derartigen Verfahren nicht abgeneigt, aber Poincaré und andere Minister seien dagegen. Der französische Delegierte in der Völkervereinigung, Jules Cambon, soll übrigens auch für ein schiedsgerichtliches Verfahren sein.

Die Befestigungsfrage.

Ein Projekt des preussischen Innenministers.

Bei einem Frühstück, das der neue Regierungspräsident in Köln, Essen, aus Anlaß der Anwesenheit des preussischen Innenministers Greffing gab, hielt dieser eine Ansprache, in der er zur Befestigungsfrage ausführte:

Trotz der Besonnenheit der Bevölkerung birgt der Aufenthalt fremder Besatzungstruppen in einem friedlichen Lande die Gefahr schwerer Konflikte in sich. Jeder der ernstliche Befriedigung der Verhältnisse am Rhein und die Verständigung der großen Kulturvölker will, muß fordern, daß die Befestigung deutschen Gebietes durch fremdes Militär sobald wie möglich ein Ende nimmt.

Zum ersten Male wird auch in Frankreich von einer Seite deutlich gesprochen, daß mit Locarno und mit einer aufrichtigen Verständigungspolitik sich die Fortsetzung der Rheinlandbefestigung nicht verträgt. Wenn auch in den allerletzten Tagen diese Stimmen durch andere wieder etwas zurückgedrängt worden sind, so möchte ich gerade deswegen nochmals der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Zeit ein für allemal vorbei sein möge, in der man glaubt, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationen durch blutige Gewalt aus der Welt schaffen zu können.

Der Rechtsausschuss des Reichstages.

Ein wichtiges und umfangreiches Programm.

Der Rechtsausschuss des Reichstages hat seine Arbeiten wieder aufgenommen und wird sich zunächst mit dem Gesetzesentwurf über die Sammlung des Reichsrechtes beschäftigen. Als weiteres Material liegen dem Rechtsausschuss vor: Die Anträge über die Reform des Ehescheidungsrechtes, die bereits seit Januar 1925 unerledigt geblieben sind, der Gesetzesentwurf über das Registerpfandrecht und die belgischen Aufwierungsanträge, wobei die Wiederaufstellung der Aufwertung in ihrem ganzen Umfange zu erwägen steht. Weiter liegen dem Rechtsausschuss vor: Entwürfe über das Reichsnotverordnungsrecht, über die Auslegung des Artikels 48 der Reichsverfassung über kirchliche und bürgerliche Feiertage und über den Staatsgerichtshof.

Von außerordentlichem Interesse werden die Beratungen des Ausschusses über die Wahlrechtsreform und die dem Reichstag vorliegenden Gesetzesentwürfe über das Reichsverwaltungsgericht und über die Wahrung der Reichseinheit sein. Als wichtigste Arbeit steht dann dem Rechtsausschuss die Reform des Strafrechtes bevor, die bereits vor 25 Jahren eingelegt und inzwischen fünf Entwürfe gegestigt hat. Der jüngste amtliche Entwurf von 1925 liegt zurzeit dem Reichstag vor. Es verläutet, daß dort die Verabschiedung bevorsteht, so daß die Vorlage im April 1927 dem Reichstag vorgelegt werden kann.

Aus dem Preussischen Landtag.

Beschlüsse des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtags setzte die Vorbereitung des Haushalts beim Abschnitt „Gesundheitspflege“ zum Wohlfahrtsrat fort. Ministerialdirektor Krohne stellte dabei eine Zunahme der Krupkrankheit fest. Zur Frage der Eheberatungsstellen erklärte der Ministerialdirektor, daß erfreulicherweise eine starke Zunahme dieser Stellen zu verzeichnen sei. Das Ministerium werde gern der Frage näher treten, inwieweit den Kreisen, die keine eigenen Medizinalräte haben, die staatlichen Medizinalbeamten für die Stellen zur Verfügung gestellt werden können. Durch das Hochwasser seien besonders schwere Seuchen nicht entstanden. Großer Wert sei zu legen auf die Befähigung der Mädel in der Mädelnplage, damit diese im laufenden Jahre nicht noch schlimmer werde als im verfloßenen Jahre. Das Ministerium habe soeben an die in Betracht kommenden Verwaltungsstellen Anweisung gegeben, daß in den Gemeinden die Befähigung der Mädelnplage am günstigsten im Februar bis Anfang März durchgeführt werde. Ein harter Geburtenrückgang sei zu verzeichnen. Deswegen müßten durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden, um der Säuglingssterblichkeit zu begegnen.

Minister Birtthofer setzte sich für die Verleihung des Professorentitels an Ärzte, die sich wissenschaftlich besonders verdient gemacht hätten, ein. Es stünden aber immer noch die Bestimmungen der Reichsverfassung im Wege. Er werde aufs neue mit der Reichsregierung über diesen Punkt verhandeln. Der Ausschuss beschäftigte sich noch eingehend mit der Frage der Kasernierung der Prostituierten. Allseitig wurde verlangt, daß dieser Kasernierung ein Ende bereitet werde. Die Regierung teilte diese Auffassung und erklärte, daß sie mit den Städten in Verbindung getreten sei, in denen eine solche Kasernierung besteht. Es habe sich aber eine völlige Auflösung noch nicht erreichen lassen. Von einer Reihe von Gemeinden seien starke Bedenken geltend gemacht worden.

In der Abstimmung wurde eine Erhöhung des Titels für die Erwerbslosenfürsorge um weitere 400 000 Mark, des Titels für Säuglingsfürsorge um 200 000 Mark, der Beihilfen zur Einführung der gesundheitlichen Fürsorge in den Schulen um 60 000 Mark, des Betrages zur Anregung von Forschungen über die Krebskrankheit um 30 000 Mark, des Titels für den Erweiterungsbau für die Hebammenanstalt in Jüterburg um 100 000 Mark beschlossen. Neu eingefügt wurden sechs Titel zur Unterstützung für Schwangere in den letzten sechs Wochen vor der Niederkunft.

Zu dem neuen Vorfall in Mainz.

Weitere Einzelheiten.

Zu den von uns bereits gemeldeten Uebergriffen von Besatzungsangehörigen in Mainz in der Nacht von Samstag auf Sonntag erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Der Eisenbahnsekretär Vogel und seine Frau holten kurz nach 11 Uhr abends ihre 24jährige Tochter von einer Opernvorstellung im Stadttheater ab. Auf dem Rückhauseweg begegneten ihnen an der Kreuzung Draiswall-Römerwall zwei französische Soldaten. Plötzlich sprang der eine, seinen Stahlhelm schwingend, hinter den die Straße säumenden Bäumen hervor und versetzte dem jungen Mädchen mit dem Helm einen heftigen Schlag auf die linke Stirnseite. Laut aufschreiend sank das Mädchen zu Boden. Während die Eltern sich um ihre am Boden liegende Tochter bemühten, verschwand der französische Soldat eilends in der Dunkelheit. Wenige Minuten vor diesem Zwischenfall hatten die beiden französischen Soldaten den 22jährigen Kaufmann Volk ohne Veranlassung überfallen und mit Faustschlägen traktiert. Außerdem wurden noch in weiteren drei Fällen deutsche Passanten auf dem Heimweg von den gleichen Angreifern belästigt.

Verhaftung der Täter.

Die beiden französischen Soldaten, die sich am Abend des 8. Januar auf der Straße die gemeldeten Uebergriffe zuschulden kommen ließen, sind, wie wir erfahren, festgestellt und verhaftet worden. Nach einer Mitteilung des französischen Oberkommandos sollen sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Politische Tageschau.

Der französische Marineminister für leichte Kreuzer. Der „Matin“ veröffentlicht ein Interview des Marineministers Georges Legues, in dem dieser die Bedeutung der leichten Kreuzer sowohl für die Kriegsschiffe, als auch für die Friedensarbeit hervorhebt. Der Minister erklärt in diesem Zusammenhang, man möge an die Lehre von 1916, an die deutschen Kreuzer „Göben“ und „Breslau“ denken und auch an die Lehre von Jütland. Im Kriege könne ein leichter Kreuzer unbeschränkte Verwendung finden. Er sei offensiv und defensiv zu gebrauchen. Er sei stark und schnell. In Friedenszeiten sei der leichte Kreuzer der beste und schnellste Vertreter, den ein Staat im Ausland haben könne.

Der englische Arbeiterführer Henderson. Der englische Arbeiterführer Henderson jagte in einer Rede, die jetzt veröffentlicht ist, wo die Regierung einen weiteren entscheidenden Schritt tun sollte, um ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in der Industrie herzustellen. Zu diesem Zweck sollte unter Vorsitz des Sprechers des Unterhauses eine Konferenz einberufen werden, zu der Vertreter repräsentativer Körperschaften, wie des Generalrats des Gewerkschaftsbundes der Arbeiterpartei und der nationalen Arbeitgeberverbände, eingeladen werden sollten. Diese Konferenz sollte die ganze industrielle Lage erörtern und auch die Frage prüfen, ob die Zeit gekommen sei, eine ständige nationale Körperschaft, einen Wirtschaftsrat oder ein industrielles Parlament einzuführen.

Amerikas Intervention in Nicaragua. Amerikanische Marinekräfte sind den Fluss Cocombido in englische Gewässer hinausgezogen, um im Inneren Nicaraguas eine neutrale Zone zu errichten. Eine andere neutrale Zone ist an der Mündung des Waiva vorbereitet worden. Im Gebiet des Waiva haben viele amerikanische Mahagoni-Gesellschaften ihren Sitz.

Der Kirchenkonflikt in Mexiko. Der Bischof von Toluca wurde nach unbekannter Richtung abgeführt. Es acht das Ge-

rucht, daß er verbannt werden soll. Er wurde in dem bischöflichen Palast verhaftet zusammen mit mehreren Mönchen und Bürgern, darunter dem Richterstatler eines der bedeutendsten Presseverbände der Vereinigten Staaten. Dieser wurde später infolge des Einschreitens des nordamerikanischen Völkchens auf freien Fuß gesetzt.

Handelsteil.

Berlin, 12. Januar.

Devisenmarkt. Der Markt war still. Die spanische und die italienische Devisen hatten kleine Aufwärtstendezenzen zu verzeichnen.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen 26.40-26.70, Roggen 24.30-24.80, Futtergerste 19.20-20.50, Sommergerste 21.70-21.50, Hafer 17.80-18.80, Mais 18.60 bis 18.80, Weizenmehl 34.75-37.75, Roggenmehl 34.00-35.75, Weizenkleie 13.25-13.50, Roggenkleie 13.25-13.50.

Effektenmarkt. Die Spekulation zeigte sich nach den Kurssteigerungen der letzten Zeit zwar überwiegend realisationslastig, die Kaufkraft des Publikums, welche letzteres sich mehr dem Kassamarkt zuwendet, und dabei dividendeträgende noch verhältnismäßig preiswert erscheinende Papiere bevorzugt, war aber in beträchtlicher Weise durch die herankommende Ware glatte Aufnahme und weitere Kurssteigerungen von 1-2 Prozent und vereinzelt auch 3 Prozent eintreten.

Frankfurt a. M., 12. Januar.

Devisenmarkt. Mailand, Madrid und Norwegen lagen etwas schwächer. Sonst keine nennenswerten Veränderungen.

Effektenmarkt. Die Tendenz war auch heute ziemlich fest. Die meisten der Dividenden bringenden Papiere erfuhren Kurssteigerungen.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen 29.25, Roggen 24.75-25.00, Sommergerste 25.50-27.00, Hafer (inland) 20.00-20.50, Mais (gelb) 18.50-18.75, Weizenmehl 40.50-41.00, Roggenmehl 36.00-36.50, Weizenkleie 12.25-12.50, Roggenkleie 12.50-12.75.

Aus aller Welt.

Aushebung einer Fälscherwerkstatt. Eine Fälscherwerkstatt, in der seit Oktober 1926 in großem Umfang Marken für die Invaliden- und Angehörigenversicherung hergestellt wurden, wurde in Spanien von der dortigen Kriminalpolizei ausgehoben. Der Fälscher, ein 36 Jahre alter Graphiker, der schon mehrfach verurteilt ist, und die Vertreter der Fälscherei, zwei kaufmännische Angestellte, eine Buchhalterin und ein Kassenbote, wurden verhaftet. Sämtliche Maschinen und Geräte wurden beschlagnahmt. Die Verhafteten, die bereits ein Geständnis abgelegt haben, wollen aus wirtschaftlicher Not gehandelt haben.

Enttarnung einer internationalen Raubgesellschaft. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, die größte internationale Schieber-Gesellschaft, die den verbotenen Handel mit Raubgütern sorgfältig organisiert hatte, vollständig zu machen. Zwei russische Kaufleute wurden als Haupt der Bande ermittelt, die einen lebhaften Geldverkehr mit dem Ausland unterhielten. Die Raubgüter kamen in den Freihafen von Kopenhagen, wo der Prokurist einer angesehenen Spektationsfirma die falsch deklarierten Sendungen in einem Hause im Freihafengebiet aufnahm. Die Kriminalpolizei in Berlin verhaftete die beiden Kaufleute und ihre zahlreichen Helfer. Bei einem wurden 13 Kilogramm Heroin und 4 Pfund Kokain gefunden. Nach anfänglichem Leugnen legten beide ein Geständnis ab.

Der Reichsgerichtspräsident als Professor. Die der „Voss. Ztg.“ aus Leipzig gemeldet wird, ist vom sächsischen Kultusministerium Reichsgerichtspräsident Dr. Simons zum ordentlichen Honorarprofessor für Völkerrecht und der bisherige Oberreichsanwalt Dr. Ludwig Ebermayer zum ordentlichen Honorarprofessor für Strafrecht in der juristischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

Der Fälschungsfall gegen Direktor Kunert. Der Vandalen Kunert wird nach wie vor durch die Auslösen des in Haft befindlichen Vandalenführers Hübner und des ebenfalls verhafteten Direktors Kunert außerordentlich schwer belastet. Beide geben an, daß sie Kunert von den ungetreuen Aufge-

behalten Kasse und Pachte seine Straßkassen von der Stadtverwaltung I hat befragen lassen, um diese zu vernichten. Der Oberstaatsanwalt hat zugleich mit dem Fälschungsfall den Fall eines Diebstahls an alle Länder beantragt und die Beschuldigung des in die Millionen gehenden Berliner Grundstückes des Direktors Kunert angeordnet.

Drachlose Filmübertragung. Die „Times“ meldet aus New York, daß die Übertragung von kinematographischen Filmen auf drahtlosem Wege eine vollendete Tatsache sei. Der sei von einem Mitglied des Instituts für drahtlose Ingenieurwissenschaften in New York, Dr. Alexander, dargestellt worden. Mit einem einfachen Apparat habe er auf drahtlosem Wege einen Film auf die Leinwand gebracht, der ihn selbst in eine Besprechung mit Freunden darstellte.

Das Explosionsunglück auf der Bismarckhütte. Das Unglück auf der Bismarckhütte stellt sich als bedeutend größer dar, als ursprünglich angenommen wurde. Im ganzen sind 22 Arbeiter verunglückt, davon sieben schwer. Einer der Verletzten ist bereits gestorben, während zwei weitere Arbeiter hoffnungslos darniederliegen. Wie jetzt festgestellt ist, erfolgte die Explosion durch Entzündung von Gas in den unterirdischen Abzugsröhren der Hüttenwerke.

Todessturz in einen Schacht. Nach einer Mittheilung aus Gelsenkirchen ist auf der Gabelsteigrube in Abwesenheit der Fördermeister einige Bergleute verbotswidrig die Seilbahn selbst in Betrieb. Infolge unsachgemäßer Bedienung ging die Förderseil zu früh in die Höhe. Von zwei Bergleuten, die in diesem Augenblick die Seilbahn betreten wollten, stürzte eine 120 Meter tief auf die Seilbahn hinab, wo er schwer verletzt wurde, während der andere von der Seilbahn hergerissen und zwischen ihr und der Seilbahnwand zerquetscht wurde.

Selbstmord oder Unglücksfall? Dieser Tage wurde in der Nähe der Wäldchen bei der Leiche eines vom Zuge überfahrenen 24jährigen Mannes gefunden. Bisher konnte man nicht festgestellt werden, ob es sich um einen Unglücksfall oder Selbstmord handelt.

Schlägerei in einer jungdeutschen Versammlung. In einer jungdeutschen Abend in Leipzig, bei dem Maximal sprach, kam es zu einer Schlägerei zwischen Anhängern von Maximal. Die Polizei mußte eingreifen, um einen ruhigen Fortgang des Abends zu sichern.

Familien drama. Die Ehefrau eines wegen Einbruch diebstahls festgenommenen Arbeiters im Ammerseegebiet bei Weidenhof hat sich in ihrer Wohnung erhängt. Der Ehemann, der seine Frau zur Beihilfe bei seinen nächtlichen Diebstählen verleitet, hat sich im Gerichtsgefängnis erhängt, ohne etwas von dem Selbstmord seiner Frau zu wissen.

Hochwasser der Elbe. Im Laufe der letzten Nacht das Hochwasser der Elbe um weitere 40 Zentimeter stiegen. Der Pegelstand betrug 3.1 Meter.

Eine Zollkassette gestohlen. In der Nähe der Paul-Landungsbrücken in Hamburg kollidierte ein Boot mit der Elbe eine Zollkassette mit dem deutschen Dampfer „Rudolf“ und sank. Das Bootpersonal konnte sich auf dem Dampfer „Cap Peloni“ retten. Der Wachmann ist ertrunken. Taucher sind bereits beschäftigt, die Kassette zu heben.

Erdstöße in Italien. Der „Tribuna“ zufolge war in Neapel kurz hintereinander drei starke Erdstöße verspürt. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Mehrere Häuser wurden beschädigt.

Große Hitze in Buenos Aires. Eine furchtbare Hitze lagert über der Stadt und der gesamten La-Plata-Region. Bereits vormittags um 10 Uhr betrug die Temperatur 36 Grad im Schatten. Im Laufe des Tages wurden zahllose Personen vom Hitzschlag getroffen. Fünf Personen sind bereits erlegen, während zahlreiche andere Personen die Hospitaler gebracht werden mußten.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer heftiger Gesandter für Berlin.

Darmstadt, 12. Januar. Zum heftigen Gesandten Berlin ist, wie jetzt in parlamentarischen Kreisen bekannt wird, der Zentrumsgesandte und Rechtsanwalt Ruf Worms, der Vizepräsident des Hessischen Landtages, ernannt. Seine Ernennung als Nachfolger des Reichstages v. Biegeleben steht unmittelbar bevor.

Edith Bürkners Liebe.

Roman von Fr. Lehne.

59. Fortsetzung.

Ihr süßes Gesicht mit den mädchenhaften Augen umgibtete ihn Tag und Nacht; ihre weiche Stimme klang in seinem Ohr, er kam nicht mehr los von ihr — tief lag er im Banne seiner Leidenschaft für das herrliche Geschöpf.

Er mußte Edith einmal ungestört sprechen, und da sie eigenmächtig jede Gelegenheit dazu verweigerte, so mußte er seine Absicht auf andere Weise zu erreichen suchen.

Ungefähr acht Tage später sagte der alte Herr Thomas in seiner gewöhnlichen Weise:

„Fräulein Bürkner, haben Sie heute abend etwas vor?“ „Nein, dann ist's ja gut — kommen Sie einmal her.“

Sie gehorchte, und er hielt ihr ein Auktent entgegen.

„Nun Sie mal, was ich da habe? Sie sagten doch neulich, daß Sie sehr gern einmal eine Wagner-Oper hören würden — hier hab' ich ein Billet für heute abend zu „Lohengrin“.“

„Und das soll ich haben?“ stammelte Edith — er unwillkürlich flog ihr Blick zu Herbert hinüber, der mit gänzlich unbewegtem Gesichtsausdruck an seinem Pult saß, als ob ihn das gar nichts anginge.

Natürlich, wenn es Ihnen Freude macht! Meine Frau schickt es Ihnen. Sie ist etwas unpäßig und deshalb am Ausgehen verhindert. Sowohl mein Sohn, als auch ich haben keine Zeit, respektive keine Lust; folglich würde der Platz mir verfallen, wenn Sie ihn nicht benutzen — oder wollen Sie nicht?“

Sie sind zu liebenswürdig, Herr Thomas.“

Edith und Blaise wechselten auf ihrem Gesicht.

„Also bitte, nehmen Sie, und noch viel Vergnügen.“

„Ich danke Ihnen sehr für Ihre Güte, Herr Thomas!“

Sie sah, wie ein Strahl des Triumphes in Herberts Augen aufleuchtete, als sie annahm; er war demnach die Veranlassung zu diesem Geschenk!

Die Vorstellung war zu Ende.

Edith war mächtig davon ergriffen.

Die beständigen Klänge der Musik noch im Ohr, schritt sie die Treppentufen des Theaters hinunter — da tauchte dicht vor ihr Herberts hohe Gestalt auf.

Sie erschrak ein wenig.

Er lästete den Hut und grüßte Sie mit ernstem Gesicht.

„Heute werden Sie meine Begleitung annehmen müssen, Fräulein Bürkner!“

„Ab, also habe ich den Genuß dieser herrlichen Vorstellung auch Ihnen zu verdanken?“

„Ja Ihnen der Gedanke so unangenehm? Der Zufall ist mir in der Tat zu Hilfe gekommen. Meine Mutter ist etwas erkältet, nun, da erasch es sich von selbst, daß mein Vater wegen des Billets an Sie dachte,“ sagte er mit einem Lächeln.

Er schlug den Weg nach einer wenig belebten, stillen Seitenstraße ein, und Edith mußte ihm folgen. Heimlich blickte sie in sein Gesicht, das mehr als je den herrlichen Ausdruck trug.

Schweigend ging sie neben ihm her, bis er stehen blieb.

„Sehen Sie, Fräulein Bürkner, nun hab' ich es doch erreicht, daß Sie mich anhören müssen.“

Edith senkte den Kopf und antwortete ihm nichts darauf.

Der Herr Thomas: Sie küßte, daß etwas Ereignis-schweres in der Luft lag, und ihr dangle davon.

Es war keine Gelegenheit, sonstige Gespräche führen; ihm war auch nicht danach zu Mute, daß er fort:

„Ich mußte Sie einmal ungestört, ohne Sie sprechen. Lassen Sie mich kurz sein — ich kann viele schöne Worte machen. Edith — ich — ich nicht mehr ohne Sie sein — ich liebe Sie unauflöslich!“

Ihre Nähe machte ihn fiebern; er wußte noch, was er sagte.

Als sie nicht antwortete, legte er den Arm um und zog sie zu sich heran.

„Edith, können Sie mir denn nicht ein wenig sein?“ fragte er mit bebender Stimme.

Sie suchte sich zu befreien.

„Herr Thomas, wollen Sie mich durchaus bitten?“

Sie nennen meine Liebe eine Beleidigung, Edith?

„Ja Ihnen das noch nicht genug, wenn ich Sie mein Weib zu werden?“

Das hatte Sie doch nicht gleich erwartet — sie war aufs höchste überrascht.

Tausend Gedanken flogen durch ihren Kopf. Sie jetzt einwilligte, hatte alles ein Ende — die Arbeit und die Erinnerung! Dann mußte sie

ig sein für immer!

Ihr Schweigen ängstigte ihn.

„Oder wie — Edith — sind Sie gar schon bündel?“

Der Gedanke, verschmäht zu werden, wäre ihm erträglich gewesen.

Er, der sonst so vorsichtig und abwägend hatte sich hier in einer Wallung des Augenblicks reifen lassen.

„Edith!“ er sagte sie fast raub am Arm.

„Nein, ich bin frei.“ sagte sie da leise.

Fortsetzung

Forderungen der Gewerkschaften an die Reichsregierung.

Berlin, 12. Januar. Zu den heutigen Mittagsbesprechungen verläutet, daß Dr. Curtius die Führer der Gewerkschaftsrichtungen getrennt empfangen und zwar zuerst die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Balthus, Brost und Otte. Dabei wurde festgestellt, daß diese Besprechungen keinen politischen Charakter haben, da die politische Seite der Regierungsbildung den parlamentarischen Instanzen zufällt. Die Vertreter der Gewerkschaften trugen die Forderungen vor, die sie an die künftige Reichsregierung stellen. Wie das Wolff-Büro aus gewerkschaftlichen Kreisen erfährt, wurde besonders die Notwendigkeit einer tragbaren Zwischenlösung der Arbeitszeitfrage unterstrichen, da das Arbeitszeitgesetz bis zu seiner Verwirklichung noch längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Die bisher bekanntgewordenen Absichten der Parteien über die Änderung der Arbeitszeitverordnung gehen den Gewerkschaften nicht weit genug. Vor allem verlangen sie die dreigeteilte Schicht in der Schwerindustrie.

Getreideausfuhrzölle in Polen.

Warschau, 12. Januar. Wie die polnische Presse aus amtlichen Kreisen erfährt, beschloß die polnische Regierung Getreideausfuhrzölle zu erheben. Eine diesbezügliche Verordnung soll in den nächsten Tagen erscheinen. Man erwartet von der Maßnahme eine Senkung der in der letzten Zeit stark gestiegenen Getreidepreise.

Die neuen amerikanischen Einwanderungsquoten.

London, 12. Januar. Neuer meldet aus New York: Bei der Übermittlung der neuen Einwanderungsquoten ist bei den Zahlen für Schweden, Norwegen und Dänemark eine Verwechslung der alten mit den neuen Quoten unterlaufen. Die richtigen Zahlen betragen für Schweden 3258 gegenüber früher 1561, Norwegen 2267 gegenüber 6455, Dänemark 1044 gegenüber 2789.

Aus Nah und Fern.

Flörsheim am Main, den 13. Januar 1927.

Das „schwarze“ Auto. Es geht nicht anders. Von Zeit zu Zeit braucht die Volksseele einen Buhmann, der ihr das Gruseln aufreißt. Vor zehn Jahren war es der „weiße Mann“, in zehn Jahren wird es das „rote Flugzeug“ sein und heute — na heute ist es das „schwarze Auto“. Ganz gruselige Sachen werden davon erzählt. Daß es zweierlei Nummernschilder hat, ohne Beleuchtung und völlig geräuschlos fährt, ginge noch an, aber es kommt auch gänzlich unhörbar hinter einem Passanten her, stoppt ab und — ehe der sich versieht, ist er von kräftigen Händen in das dunkle Wageninnere gehoben und fort gehts, hast du nicht gesehen. Daß der Chauffeur eine schwarze Schutzhülle aufhat und mit einem Fackel hinfährt, das hat man genau gesehen und manche wollen in dem unheimlichen Fahrzeuglenker Gottweilgen gesehen haben. — Daß unser Ortsgeistdarm schon 7 scharfe Schüsse auf das Auto abgegeben hat, ist verbürgt — kurz und gut der Schauer mären ist kein Ende. Wir haben uns Mühe gegeben, einmal in der Gegend und Umgegend etwas näher nach dem „schwarzen Auto“ herumzuhören und siehe, Flörsheim ist nicht allein davon heimgeheuchelt worden. Auch andernorts hat man es gesehen, oder doch behauptet es gesehen zu haben. Sogar die Polizei hat ernstlich danach geforscht und es ist recht interessant, was dabei herausgekommen ist. Hören wir folgende Meldung: (Wiesbadener Zeitung vom 3. Jan. 1927).

Bad Nauheim, 3. Jan. Die Nachforschungen der Polizei nach dem zweimaligen Auftauchen des bekannten geheimnisvollen Autos in der näheren Umgebung, einmal bei Berstadt, das zweite Mal bei Obermörlen, haben ergeben, daß in beiden Fällen die angeblich überfallenen Burichen geschwindelt haben. Bei Berstadt handelte es sich um einen verunglückten Motorradfahrer, bei Obermörlen stellte sich die Anzeige des Burichen als erfunden heraus.

Also, als eine Erfindung, einen glatten Schwindel hat sich dort die Sache herausgestellt. — Hier in Flörsheim ist es nicht anders. Keinerlei Anhaltspunkte liegt für die Bestätigung der „Schwarzen Auto“-Meldungen vor. Es sind bestenfalls Sinnestäuschungen, im guten Glauben Wahres gesehen zu haben, verbreitet. Möge sich doch niemand des ferneren von solchen Sachen den Kopf warm machen lassen. In unserer modernen Zeit der Elektrizität, des Radios, der technischen Wunder, könnte sich solch geheimnisvolles Räuberfahrzeug nicht lange eines ungeklärten Rätsels erfreuen und wenn erst unser Flörsheimer Lange sieben Schüsse auf so ein Ding abgegeben hätte, dann sollte es wohl nicht mehr allzuweit davongefahren sein. Also weg mit diesen Dummheiten, es gibt kein „schwarzes Auto“.

Die Grippe.

In Frankfurt a. M.

In Frankfurt a. M. hat sich die Zahl der Grippe-Erkrankungen vermehrt, so daß neben den drei Stationen noch drei Baracken für Grippekranken geöffnet werden mußten. Am Dienstag früh waren in diesen Stationen und Baracken 130 Kranke untergebracht worden. Die Grippe-Erkrankungen bedeuten für das städtische Krankenhaus eine empfindliche Belastung, so daß bereits eine Bettennot zu spüren ist. Es werden jetzt weitgehende Maßnahmen getroffen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. — Auch bei der Ostfrontentasse, deren Krankheitsziffer von jeher ein Regulator für den Gesundheitszustand in Frankfurt bildet, ist die Zahl der Grippe-Erkrankungen etwas gestiegen.

Bedeutliche Zunahme in der Schweiz.

Die Grippe-Epidemie in der Schweiz ist noch immer im Fortschreiten begriffen. Die Stadt Basel meldete in der letzten Woche 3000 Neuerkrankungen und in der ersten Woche des Januar 35 Fälle mit tödlichem Ausgang. Auch Zürich, dessen Zahl seither noch tief stand (270 Fälle), meldete in der letzten Woche 1979 Neuerkrankungen.

In Luxemburg.

In Luxemburg ausgebrochene Grippe-Epidemie ist bisher noch nicht abgeklungen und die Zahl der Todesfälle besonders unter den Erwachsenen relativ hoch, während Kinder-

erkrankungen weniger häufig sind. In den schweren Fällen sind meistens die Atmungsorgane infektiös angegriffen und ein tödlicher Ausgang des Krankheitsprozesses erfolgt binnen wenigen Tagen. Obgleich die Zahl der Erkrankungen kaum weniger groß ist als 1918, ist die Epidemie im allgemeinen doch weniger bösart.

Δ Darmstadt. (Finanzierung des Landestheaters.) Der Finanzausschuß des Landtages hat sich in zwei Sitzungen mit dem Hessischen Landestheater befaßt. Ein Antrag des Bauernbundes, das Landestheater als Einrichtung des hessischen Staates aufzugeben und der Initiative der Stadt Darmstadt und ihrer führenden Kunstkreise zu überlassen, wie es weiterzuführen sei, wurde mit den Stimmen sämtlicher Parteien gegen die Antragsteller abgelehnt. Diese Bereitwilligkeit, das Theater zu erhalten, bedeutet jedoch keineswegs die vorbehaltlose Zustimmung zu dem von der Regierung vorgelegten Voranschlag. Der darin angeforderte Zuschußbeitrag von 974 000 Reichsmark wurde von den Rednern aller Parteien als zu hoch bezeichnet. Es wurden zum Teil recht weitgehende Abstriche verlangt. Da die Regierung wegen der Vorbereitung für die nächstjährige Spielzeit zunächst nur eine grundsätzliche Entscheidung haben wollte, erklärte sich der Ausschuß schließlich damit einverstanden, daß die Festhaltung des Voranschlags im einzelnen der demnächstigen Staatsberatung vorbehalten bleiben soll. Die Regierung wurde ermächtigt, die Vorbereitungen für das Spieljahr 1927/28, soweit sie unbedingt nötig sind, in Angriff zu nehmen. Voraussetzung hierfür ist die Erhöhung des Anteils der Stadt Darmstadt am Defizit auf 45 Prozent. Die für das künstlerische Personal in der Regierungsvorlage angeforderten Beträge wurden um 50 000 Reichsmark gekürzt. Der Spielplan soll im Sinne der Erzielung höherer Einnahmen umgestaltet werden.

Δ Frankfurt a. M. (Drei Kinder verbrannt.) Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr spielten die achtjährige Thea B. und ihr sechsjähriges Schwesterchen in der elterlichen Wohnung im Mittelweg in Abwesenheit der Eltern mit offenem Licht. Dabei fingen die Kleider der Kinder Feuer, das von herbeigeeilten Nachbarn ersticht werden konnte. Mit schweren Verletzungen wurden die Kinder ins Bürgerhospital verbracht, wo sie inzwischen ihren Verletzungen erlagen. — In der Schäfergasse 13 fiel in den Mittagsstunden das 13-jährige Kind Anna B. in eine mit heißem Wasser gefüllte Zinkwanne und erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß es in der darauffolgenden Nacht verstarb.

Δ Weidenau. (Aus Unvorsichtigkeit erschossen.) Die Unfälle, von der Jagd mit geladenem Gewehr zurückzuführen, hat wiederum ein Weidenauer gelöst. Der Jagdpächter Karl Fey in Bollers ließ sein Jagdgewehr geladen im Zimmer stehen. Sein 13-jähriger Bruder machte sich an dem Gewehr zu schaffen, hierbei entlud sich dieses, und die Ladung traf das im Zimmer befindliche sechsjährige Schwesterchen des Pächters in den Hals. Der Tod trat sofort ein.

Δ Bingerbrück. (Mit dem Auto in den Leichenzug.) In Trechtingshausen durchfuhr ein Auto in rascher Fahrt die Prozession eines Leichenbegängnisses. Der Chauffeur wollte plötzlich aus der Prozession herausbiegen und fuhr dabei in die Reihe der Kinder hinein, wobei ein Kind unter die Räder geriet und verletzt wurde. Die Personellen der Prozession wurden festgehalten.

Kotales.

Hochheim am Main, den 13. Januar 1927.

1 Das Konzert, das der Gesangsverein Sängerbund am 9. Januar im Saalbau „Zur Krone“ veranstaltete, war sehr zahlreich besucht. Die Männerchöre wurden rhythmisch richtig und mit guter Auffassung zum Vortrag gebracht und fanden reichen Beifall. Sieben Sängern wurden für 25-jährige und 40-jährige Mitgliedschaft und Treue Ehren diplome durch den 2. Vorsitzenden überreicht. Die verschiedenen Duette fanden viel Applaus und mußten zum Teil wiederholt werden. Die urkomische Schwankoperette „Der liebe Onkel“ (6 Herren, 3 Damen) schlug mächtig ein, reiche Beifallsstürme erfolgten während der Aufführung. Auch die Operette mußte zum Teil wiederholt werden. Alle Darsteller taten ihr Bestes, alle rangen um die Palme des Erfolges. Mit Stolz kann der Sängerbund auf sein 83. Stiftungsfest zurückblicken, möge es ein Ansporn sein auch für die fernere Zukunft und für die weitere Pflege des deutschen Männergesangs.

Die öffentliche Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei (Ortsgruppe Hochheim) ist am Samstag Abend 8 Uhr im Saale des Gasthauses „Zur Krone“ Reichstagsabgeordneter Landesrat Witte ist der Redner des Abends und sein Thema lautet, die Bedeutung der Reichstagswahlen. Es wird jedem Erschienenen freie Aussprache zugesichert. Näheres siehe heutiges Inserat.

—r. Pestalozzifeier. Am 17. Februar ds. Jrs. sind hundert Jahre verflossen seit dem Tode von Johann Heinrich Pestalozzi, des Begründers der neuzeitlichen Pädagogik (Erziehung und Unterricht). Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat aus diesem Anlaß bestimmt, daß der Unterricht in allen preussischen Schulen an diesem Gedenktag (17. Februar) ausfallen und eine Pestalozzifeier abgehalten werden soll, deren Ausgestaltung den einzelnen Schulen überlassen ist. Der Minister empfiehlt, an den Schülern auch die Elternschaft teilnehmen zu lassen und neben den Schülern einen besonderen Elternabend abzuhalten. — Die Herren Schullehrer werden ersucht, geplante Pestalozzifeiern der Kreislehrerschaft in jeder Weise zu unterstützen oder dazu anzuregen.

Zentrums-Versammlung. Am Samstag, den 13. Jan., abends 8 Uhr findet in der „Burg Ehrenfels“ eine öffentliche Zentrumsversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Schwarz, Frankfurt a. M., und die Reichstagskandidaten Landwirt Schleidt, Flörsheim und Arbeiter Dillmann aus Weibach, sind die Redner des Abends. Näheres ist aus dem Inserat in heutiger Nummer ersichtlich.

Anläßlich der Reichstagswahlen am 16. Januar 1927, finden im Landkreis Wiesbaden folgende Versammlungen der Zentrumspartei statt:
Wider: Freitag, den 14. Januar, 8 Uhr, Redner: Reichstagsabgeordneter, Stadtordeordneter Marschang, Höchst.
Flörsheim: Samstag, den 15. Januar, 8 Uhr, Redner: Reichstagsabgeordneter Schreinermeister Jant, Wiesbaden, Joseph Dillmann, Arbeiter, Weibach.

Weibach: Samstag, den 15. Januar, 8 Uhr; Redner: Reichstagsabgeordneter Lehrer Wagner, Dohheim, Gutswalter Egler, Frauenstein, Kreisamtssekretär Hofmann, Dohheim.

Hochheim: Samstag, den 15. Januar, 8 Uhr; Redner: Reichstagsabgeordneter Schwarz, Frankfurt a. M., Jakob Schleidt 3., Landwirt, Flörsheim.

Der Gefrierfleischverbrauch.

Schwanke Zahlen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einer aus 30 Großstädten mit über 100 000 Einwohnern aufgestellten Statistik entnimmt, übertraf der gesamte Gefrierfleischverbrauch des dritten Vierteljahres 1925 den des vorübergehenden, ohne den des ersten Vierteljahres zu erreichen. In 15 Großstädten wurde im dritten Vierteljahr der Kopfverbrauch des vorhergehenden überschritten, die stärkste Steigerung weisen Magdeburg, Altona und Buer auf. Der Kopfverbrauch des ersten Vierteljahres wurde nur in sechs Großstädten erreicht, nämlich in Königsberg, Hannover, Buer, Kassel, Elberfeld und Barmen. In Berlin steigerte sich der Verbrauch vom Januar ab von Monat zu Monat bis zum April (1632, 1642, 1697, 1729 Tonnen). Infolge der Konjunkturschwierigkeiten wurde im Mai und Juni der Tiefstand mit 985 und 947 Tonnen erreicht. Von Juli bis September ist wieder ein plötzliches Ansteigen von 1378 bis 1800 Tonnen zu beobachten, so daß der Höchststand von April sogar überschritten wurde. Auffallend ist das Zurückgehen des Gefrierfleischverbrauchs besonders im westlichen Industriebezirk, was auf die Belebung der Wirtschaft besonders in der Rohstoffindustrie und durch die hierdurch bedingte Steigerung der Rastentkraft zurückzuführen sein dürfte.

Südwestdeutschland im Luftverkehr.

Nach Abschluß des deutsch-französischen Abkommens.

Nach Abschluß des deutsch-französischen Abkommens über die Einbeziehung des besetzten Gebietes in den allgemeinen Luftverkehr wird dank der Bemühungen der Südwestdeutschen Luftverkehrs A. G. Frankfurt a. M., der regionalen Tochtergesellschaft der „Deutschen Luftfahrt“ der gesamte südwestdeutsche Wirtschafts- und Verkehrsbezirk in das innerdeutsche und europäische Luftstreckennetz 1927 in weitgehendstem Maße einbezogen werden.

So werden u. a. in Biele die Orte Koblenz, Trier, Kaiserslautern und Saarbrücken nunmehr auch angeschlossen und erhalten z. T. in Frankfurt a. M. Anschluß an das große internationale Luftverkehrsnetz, d. h. soweit sie nicht bereits schon Stationen der großen internationalen Durchgangsstrecken bilden, wie z. B. Frankfurt-Saarbrücken-Paris, Frankfurt-Koblenz-Köln-London usw. Damit wird einem landesbedingten Verkehrsbedürfnis der besetzten Gebiete endlich Rechnung getragen.

Auch Gießen, bisher nur im Bundesverkehr mit Frankfurt a. M. und Kassel besogen, erhält 1927 direkten Anschluß an die Strecke Frankfurt a. M.—Hannover—Darmstadt. Als eine künftige, technische Neuerung ist die Einstellung von Maschinen für mindestens 12 Passagiere und vier Mann Besatzung mit großem Gepäck, Fracht- und Postraum besonders zu erwähnen. Bei einem Aktionsradius von 1200 Kilometer besitzen diese Flugzeuge eine Mindestfluggeschwindigkeit von 170 Kilometer-Stunden.

Ernstes und Heiteres.

Wie alt ist die Erde?

Die neuesten streng wissenschaftlichen Forschungen über das Alter der Erde, die der Professor der technischen Hochschule in Graz, Dr. A. Tomquist, mit anderen Wissenschaftlern und Gelehrten nach den modernsten Ermittlungsmethoden angestellt hat, haben geradezu überraschende und erstaunliche Ergebnisse geliefert.

Die sogenannte Kezzeit der Erde (die Quartär- und Tertiärzeit) und das Mittelalter unseres Sternes (die Kreide-, Jura- und Triaszeit) umfaßt die unwirkliche Dauer von nicht weniger als 250 Millionen Jahren. Die seit der Bildung der ältesten Gesteine verfloßene Erdzeit liegt sogar über eine Milliarde 600 Millionen Jahre zurück. Das sind Zahlen, gegen die die Jules Verne'schen Phantasieereien verblasen, die aber den besonderen Vorzug haben, daß ihre Richtigkeit sich durch erdliche und astronomische Beobachtungen genau nachweisen läßt.

Dem amerikanischen Erdkundigen und Forscher W. A. L. V. ist es gelungen, eine wohlbehaltene Janna, der, ohne auch nur um das geringste zu übertrieben, das ehrwürdige Alter von tausend Millionen Jahren zuzuschreiben ist, in dem wenig gestörten Gestein der nordamerikanischen kanadischen Grenze aufzufinden und zu beschreiben. Diese fast unermesslichen Zahlen bringen uns zum ersten Male das Alter der Lebenswelt, das außerhalb unseres Anschauungsvermögens steht, auf unserm Sterne zum vollen Bewußtsein.

In jener unendlich weit zurückliegenden Zeit waren die Tiere in ihren besonderen Arten bereits schon voneinander getrennt. Die Entwicklung dieser Tierarten muß aber schon auf unserer Erde entstanden sein, da man eine kosmische Entstehung, die ja auch keinesfalls nachgewiesen oder nur in der Natur angedeutet ist, nicht in Frage kommt. Die Gesamtentwicklung der Tierwelt muß deshalb auf der Erde sich vollzogen haben und fest natürlich eine lange Spanne Zeit voraus, eine Zeit, aus der wir leider bisher keine Gesteine kennen, einer Zeit, in welche die Entwicklung des Wasserdampfes zur Bildung der ersten Ozon führte. Die muß zweifellos, da in ihrer eben die Gesamtentwicklung der Tierwelt erfolgte, das Zweier- oder Dreifache der 1 Milliarde 600 Millionen der ältesten Sedimentgesteine betragen haben. Seit der Bildung der Ozeane, der großen Meere, sind demnach rund wenigstens 5 Milliarden Jahre vergangen. Das Gesamtalter der Erde dürfte demnach schätzungsweise ungefähr das Doppelte, also zehn bis zwölf Milliarden Jahre betragen, eine Zahl, in deren Vergleich ein Menschenleben so wenig und gering ist, daß einem der Sinn für alle Zeitrechnung verloren geht.

Die Postkarten nach dem Ausland. Es wird darauf hingewiesen, daß Postkarten nach dem Ausland (ausgenommen nach der freien Stadt Danzig, Litauen und dem Memelgebiet, Österreich und der Tschechoslowakei) die Höchstmenge von 150/105 Millimeter nicht überschreiten dürfen. Größere Postkarten müssen als Briefe freigegeben sein.

Wirtschaft und Politik.

Von Wilhelm Haenlein, Hochheim a. M.

Zu den bevorstehenden Kreistagswahlen ist mir eine Einladung zur Wahlversammlung des neu entstandenen „Wirtschaftsbundes“ zugegangen. Auf diesem Zettel wird die Neugründung etwa so formuliert, daß die von niemand zu leugnende Wirtschaftsnot nur durch die gemeinsame Arbeit aller schaffenden Berufsstände zu hemmen sei. „Alle Unterschiede der Parteien, der Konfessionen und des Berufes müssen zurückgestellt werden, wenn es sich darum handelt, die Grundlage unserer Wirtschaft wieder herzustellen.“

Ganz abgesehen von den irrtümlichen Angaben des Flugblattes bei Nennung der verschiedenen Organisationen, die zum Teil nicht bestehen, wie z. B. „Fabrikantenvereinigung“ und „Beamtenkartell“, haben auch maßgebende Kreise aus Handwerk, Gewerbe, Haus- und Grundbesitz dagegen protestiert, daß ihre Organisation, ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt, in ihrer Gesamtheit sich der neuen Partei, „Wirtschaftsbund“ genannt, zur Verfügung gestellt haben. Auch die Kreisbauernschaft hat nicht das Recht, sich unter diesen Zettel zu legen, denn es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß weite Kreise in der Kreisbauernschaft mit der einseitigen Festlegung der Kreisbauernschaft auf dem Zettel des sogenannten „Wirtschaftsbundes“ nicht einverstanden sind. Dies kommt am

klarsten dadurch zum Ausdruck, daß mehrere Vorsitzende von Ortsbauernschaften sich auf dem Zettel der Zentrums- partei befinden, ja sogar der Vorsitzende einer Orts- bauernschaft Spitzenkandidat der Zentrums- partei ist. Des weiteren ist von der Zentrums- partei vorgegeben, ein Vor- standsmittglied der Kreisbauernschaft von Seiten der Zen- trums- partei in den Kreisausschuß zu entsenden.

Prüfen wir nun einmal die eingangs dargestellten Grundzüge des „Wirtschaftsbundes“ auf ihren geistigen Gehalt, so finden wir Widersprüche, die von vornherein vor einer sachlichen Kritik nicht standhalten. Der „Wirt- schaftsbund“ will im Kreistag nur durch gemeinsame Arbeit aller schaffenden Berufsstände die gegenwärtige Wirtschaftsnot überwinden. Wie kann er dies, wenn er einen Hauptstand, nämlich den Arbeiterstand von dieser Mit- arbeit grundsätzlich ausschalten will? Oder glaubt der „Wirtschaftsbund“, daß die Zukunft Deutschlands und somit auch das Gedeihen des Landkreises Wiesbaden sichergestellt werden könne ohne die schaffende Hand des deutschen Arbeiters?

Der Wirtschaftsbund verfällt in denselben Trugschluß, den ähnliche Organisationen in Deutschland machen, die glauben den Fehler der Sozialdemokratie nachahmen zu sollen und zu dem Klassenkampf des Proletariats auf der einen Seite, den Klassenkampf des Besitzes auf der anderen Seite entgegenzustellen. Mit diesen Grundzügen kommen wir in Deutschland nicht weiter und mit diesen Grundzügen wird vor allem die Wirtschaftsnot nicht überwunden werden.

Ich glaube, schon damit genügend dargelegt zu haben, daß der angeblich nicht politische „Wirtschaftsbund“ weiter nichts ist, als eine Zusammenfassung rechtsgerichteter Kreise aus den bestehenden Klassen.

Was dem „Wirtschaftsbund“ bei seiner Gründung vor- schwebte, war wohl die Unterstellung, die Politik habe im Kreistag nichts zu suchen. Stellen wir uns einmal auf den Boden der Wirklichkeit, so werden wir finden, daß schon allein durch die Tatsache, daß kommunistische und sozialdemokratische Parteien niemals einer Entpolitisierung der Gemeinde- und Kreistuben zustimmen werden, keine Möglichkeit vorhanden ist, die Politik in diesen Einrich- tungen des öffentlichen Lebens auszuschalten. Aber die Abneigung des „Wirtschaftsbundes“ geht ja nicht nur gegen die Politisierung der Gemeinde- u. Kreisparramente, sondern sie ist begründet in dem Kampf der Wirtschaft um die Vorherrschaft in Staat und Reich. Das ist der Kernpunkt dieses Problems, das in überaus klaren Aus- führungen Emil von den Boon in der Kölnischen Volks- zeitung Nr. 23 zum Ausdruck bringt.

Ämliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Die Auszahlung der Zusatzrenten für Monat Januar 1927 findet am Freitag, den 14. ds. Mts. vorm. von 8 bis 9 Uhr an der Stadtkasse statt.

Hochheim a. M., den 12. Januar 1927.

Der Magistrat: Arzbächer.

Samstag, den 15. ds. Mts. abends 8 Uhr findet im Saalbau „Zur Krone“ eine

Oeffentliche Wahlversammlung

statt, zu welcher wir alle Wählerinnen und Wähler höflichst einladen Reichstagsabgeordneter Landesrat Witte wird sprechen über die „Bedeutung der Kreistagswahlen“

Freie Aussprache.

Freie Aussprache.

Bekanntes kein Wähler oder Wählerin die Gelegenheit, das Wichtigste über die Bedeutung der Kreistagswahlen zu hören. Alle Hand- und Kopfarbeiter, Renten- und Erwerbslosenunter- stützungsempfänger, Mieter, Kleinhandwerker, Kleinbauern und Winzer, ganz besonders an Euch richtet sich unser Ruf, wie auch an die republikanische Beamtenkastei, macht dem scheinhei- lichen Mandat des sogenannten Wirtschaftsbundes ein Ende. Auf zum Kampf für unser Recht. S. P. D. Ortsgruppe Hochheim.

Wählt die Liste 1 der S. P. D.

Für die uns anlässlich unserer Ver- mählung erwiesenen Aufmerksamkeiten

danken herzlichst

Jakob Leicht und Frau Else
geb. Kaufmann.

Gedenket der hungernden Vögel.

Ab Freitag
steht ein Trans-
port

Ferkel u. Läuferchweine
zum Verkauf bei
Max Krug, Hochheim am Main.

Weinbergbiegweiden

1a Ware sortiert, per Zentner 12 Mk., in jedem Quantum. — Korbfabrik und Weidenhandlung
Wilhelm Sauer, Gernsheim a. Rh.

Bestellungen werden in der Geschäftsstelle Massenheimer-
straße 25 entgegengenommen.

Kreistagswahl

Samstag, den 15. Januar 1927
abends 8 Uhr in der „Burg Ehrenfels“

öffentliche

Zentrums-Versammlung

Als Redner ist der Reichstagsabgeordn. Schwarz-Frankfurt a. M. gewonnen. Außerdem haben die beiden Kreistags- kandidaten Landwirt Schleidt aus Flörsheim und Arbeiter Dillmann aus Weilbach ihr Erscheinen zugesagt. Zentrumswähler, Männer und Frauen erscheint in großen Scharen, um ein Treuegelöbnis der Partei abzulegen, die neben der Wahrung eurer wirt- schaftlichen Interessen, für euer heil. Güter kämpft.

Der Vorstand.

Haus- u. Grundbesitzerverein Hochheim a. M.

Einladung zur
Mitglieder-Haupt-Versammlung

Freitag, den 14. Januar 1927 abends 8 Uhr
im Restaurant zur Traube (Friedrich Abt).

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Vortrag über Staatssozialismus, Steuer-
druck und Zwangswirtschaft, Referent:
Herr J. Brehm.
4. Kreistagswahl.

Der Vorstand.

Ab Sonntag stehen 30 hochtragende
frischmelkende

Kühe zum Verkauf

Kettvieh bis zu den höchsten Preisen wird in Kauf
genommen, ebenso werden Rottschlachtungen angekauft.

Gebrüder Barmann, Erbenheim
Mainzerstraße 11. Telefon Amt Wiesbaden Nr. 6226.

Kreistagswahl

Zentrum

Wählt die Liste Nr 2

Beginnend mit den Namen:

Schleidt Jakob 3, Landwirt,
Flörsheim, Wickerstr. 3

Wagner Georg, Lehrer,
Dotzheim, Wiesbadenerstr. 47

Dillmann Jakob, Arbeiter,
Weilbach, Möllerstr. 1

Wenz Jean, Kaufmann,
Hochheim a. M., Kirchgasse 5

Wagner Peter, Köhlermeister,
Eddersheim, Sackgasse 1

Schrainer Wilhelm, Bauunternehmer,
Bierstadt, Kl. Wilhelmstr. 5

am 16. Jan. 1927

Hoch über Tälern und Menschen
Im Banne der Bernina

Von Walter Flegel, dem bekannten Alpinisten, über 80
ausgezeichnete wunderbare Bilder auf feinstem Halbmat-
druck. Dazu hinreichender Text. 3. Auflage. Ein prachtvolles
Geschenkwerk. Preis geh. Rm. 18.—, Schw. Fr. 22.50;
in Ganzleinen Rm. 22.—, Schw. Fr. 27.50
(Verlag Dietz & Co. Stuttgart)

„Ihr Berninabuch halte ich für das schönste, das jemals
über eine Gruppe der Alpen erschienen ist. Man wird nicht
müde, Ihre ausgezeichneten Schilderungen von Menschen
und Landschaft wie Ihr Erlebnisse im hohen Eis zu le-
sen. Und geradezu wunderbar schön ist der Bilderteil des Werkes,
der nicht eine Ausnahme enthält, die man nicht hundertmal
betrachten könnte. Als drittes wäre noch die musterhafte
Ausstattung des Buches zu loben.“ (Zof. Schäg, Chertedatt,
der Deutschen Alpenzeitung München)

Ein Panorama der Bergschönheit das jeden u. jede entzückt!
Zu beziehen durch: Buchhandlung H. Dreisbach Flörsheim.

Heute eingetroffen

Kabliau ohne
Kopf

frisch von der See
zu billigsten Tagespreisen

J. Latscha